

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. März 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsrevue: Vom Stande der Tarifbewegungen im Baugewerbe und im Buchbinder- und Steinsetzergewerbe. — Eine General-Kommission der Angestelltenverbände.

Korrespondenzen: Berlin (M. S.). — Duisburg. — Erfurt (M. S.). — Köln.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegs- und Teuerungszulagen. — Die gestörte Zeitung. — Zur neuen Berufsordnung im schweizerischen Lithographengewerbe. — Ein Gewerkschaftsangehöriger vor dem Kriegsgericht. — Die Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“. — Den Kartoffelbauern ins Stammbuch. — Die Lebensmittelpreise im Januar 1916.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Die vor kurzem im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen über die Verlängerung des Tarifvertrags im Baugewerbe sind bekanntlich gescheitert, weil es nicht gelang, in der Lohnfrage eine Verständigung herbeizuführen. Während die Unternehmer Lohnzulagen von 4, 5 und 6 Pf. pro Stunde in Aussicht stellten, verlangten die Vertreter der Arbeiter angesichts der tiefsten Verteuerung der gesamten Lebenshaltung Zulagen von 20 bis 25 Pf. Diese Forderung wurde indes von den Unternehmern abgelehnt mit der Motivierung, sie seien für die Teuerung nicht verantwortlich und nicht in der Lage, derartige Zugeständnisse auf dem Lohngebiete zu machen. Selbsteind sind schon wieder einige Wochen ins Land gegangen, ohne daß sich die Unternehmer im Baugewerbe bequemt hätten, andererseits Lohnvorschläge zu machen, durch welche die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauarbeiter eine gebührende Berücksichtigung finden würden. Am 29. Februar fand in Berlin im großen Saale des „Reichsgebäude“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit die sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt, in welcher hauptsächlich zu den Forderungen der Bauarbeiter Stellung genommen wurde. Bedeulich der hierzu gefaßte Beschluß wurde bekanntgegeben. Dieser lautet: „Die Hauptversammlung beschließt, den deutschen Bauarbeitern vom 15. März ab trotz des Daniederliegens des Baugewerbes freiwillig eine Kriegszulage zu den bisherigen Entlohnungen zu zahlen, und zwar in Charlotten bis zu 5000 Einwohnern für die Stunde 4 Pf., in allen übrigen Tarifgebieten mit neunfünfteliger Arbeitszeit 6 Pf. für die Stunde, mit über neunfünfteliger Sommerarbeitszeit für die Stunde 5 Pf. Diese Kriegszulagen entsprechen in ihrer Höhe den bei der Verlängerung der Tarifverträge in anderen Gewerben sowie den von staatlichen und kirchlichen Behörden durchschnittlich gezahlten Teuerungszulagen. Eine Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Reichsarbeitsvertrags für das Baugewerbe ist bisher an den hohen Forderungen der Bauarbeitergewerkschaften gescheitert. Da sich diese Gewerkschaften aber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt haben, erscheint eine Einigung noch nicht völlig ausgeschlossen.“

Somit stellte sich die Hauptversammlung der Arbeitgeber im Prinzip auf den gleichen Standpunkt, den ihre Vertreter bei den Tarifverhandlungen glaubten einnehmen zu müssen. Ein größeres Entgegenkommen in der Lohnfrage war also nicht zu erwarten. Trotzdem nannten zahlreiche Tageszeitungen vom Schlage der „Post“ sowie die „Bauwelt“ in schlecht verhüllter Weise den Beschluß des Arbeitgeberbundes eine „vaterländische Tat“. Als ob die Unternehmer im Baugewerbe wunder was getan hätten für ihre Arbeiter, die unter einer beispiellosen Teuerung aller Nahrungsmittel leiden! Um so empfindlicher, als gerade im Baugewerbe in hervorragendem Maße Saisonarbeit in Betracht kommt und außerdem infolge der schweren körperlichen Arbeit noch besondere Einflüsse beim Verhältnisse der Aufwendungen für Nahrungsmittel zum Einkommen mitwirken.

Der „Grundstein“, das Verbandsorgan der Bauarbeiter, läßt denn auch keinen Zweifel aufkommen darüber, daß es weit davon entfernt ist, in dem Beschlusse der Unternehmerorganisation eine vaterländische Tat zu erblicken. „Wenn der Arbeitgeberbund diesen Beschluß im vorigen Sommer gefaßt hätte“, sagt der „Grundstein“ u. a., „so hätten sich die Bauarbeiter darüber sicher sehr gefreut, und der Mißmut, der heute unter einem großen Teil unserer Kollegen herrscht und der auch nicht ohne politische Wirkung blieb, hätte nicht seinen heutigen Umfang annehmen können; aber als eine vaterländische Tat hätten die Bauarbeiter einen solchen Beschluß auch im vorigen Sommer

nicht anerkannt. Denn der Arbeitgeberbund hätte damit den Verkäufern der Ware Arbeitskraft nichts anderes gewährt, als was die Arbeiter und alle andern Konsumenten den Verkäufern anderer Waren seit langem auch gewähren müssen, ohne dies als vaterländische Tat in die Welt zu schreiben. Er hätte damit nichts anderes gewährt, als was die Unternehmer von den Bauauftraggebern selbst gefordert und auch in großem Umfang erhalten haben.“

Eine Konferenz des Verbandsbeirats der Bauarbeiterorganisation beschäftigte sich eingehend mit dem Beschlusse des Arbeitgeberbundes. Sie war der einstimmigen Meinung, daß das von den Unternehmern gemachte Angebot zur Verlängerung der Tarifverträge nicht ausreichte. Rame kein angemessenes Angebot zustande, so müsse der Verband leider die Verträge ablaufen lassen. Die Faltung der Arbeitervertreter bei den Tarifverhandlungen wurde einstimmig aufgegeben und der Vorstand beauftragt, im Sinne der Aussprache weiterzuwirken. Bemerkenswert erscheint es immerhin, daß den Mitgliedern vom „Grundstein“ der Rat gegeben wird, die Annahme der vom Arbeitgeberbunde beschlossenen Zulagen nicht, weil zu geringfügig, abzulehnen. Das Gebotene sei als Abschlagszahlung anzunehmen und überall darauf zu dringen, daß der Beschluß der Bundesgeneralversammlung von jedem einzelnen Unternehmer befolgt wird. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß sich einzelne Unternehmer, vielleicht auch ganze Ortsverbände, von der Zahlung selbst der geringen Zulage zu drücken suchen, sei es Pflicht der Zweigvereinsleitungen, den Mitgliedern auf den Bauten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alles aufzubieten, daß der Beschluß der Bundesgeneralversammlung von jedem Unternehmer befolgt werde. Ein Ausbesserer dieses Briefes es dabei nicht geben.

Wenn schon barartige Befürchtungen bestehen, kann man ermaßen, wie schwer es den Arbeitervertretern werden wird, für die Gesamtheit mehr herauszuschlagen, als was von den Unternehmern bis jetzt zugestanden wurde. In Berücksichtigung der Tatsache, daß es im Baugewerbe erfahrungsgemäß noch am ehesten möglich ist, für alle den Betrieb erschwernenden Umstände einen billigen Ausgleich zu finden, muß das zugehörige Verhalten der Unternehmer über das Gewerbe hinaus Aufsehen erregen. Die Baugeschäfte verstehen es meist sehr gut, die Verteuerung der Produktion auf andre Schultern abzuwälzen; zumal dort, wo sie, wie das jetzt vielfach geschieht, für öffentliche Rechnung, für militärische und industrielle Zwecke Aufträge ausführen. Mit den Arbeitern aber verhält man in dieser teuren Zeit um Pfennige und scheint selbst in der Zeit des Burgfriedens vor erbitterten Lohnkämpfen nicht zurückzuschrecken, bei denen weit höhere Summen nutzlos verpulvert werden.

Wie mag das von den Unternehmern im Baugewerbe gegebene schlechte Beispiel erst auf solche Gewerbe wirken, deren Produktions- und Absatzmöglichkeiten zur Zeit größeren und tiefergehenden Beschränkungen unterliegen! Aber die vorläufig gescheiterten Tarifverhandlungen im Buchbindergewerbe wurde bereits an anderer Stelle im „Korr.“ berichtet. Es handelt sich im genannten Gewerbe um den am 30. Juni d. J. ablaufenden sogenannten Dreifachtarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart, zu dessen Bedingungen rund 12000 Personen arbeiten. Die von der Gehilfenschaft als Gegenleistung für die Tarifverlängerung um ein Jahr geforderten Teuerungszulagen von 15 Proz. auf alle Zeitsöhne für Arbeiter und von 20 Proz. für Arbeiterinnen sowie ein 15prozentiger Zuschlag für alle Akkordarbeiten wurde von den Arbeitgebervertretern mit der bekannten Begründung abgelehnt, daß trotz der Einschränkung der Betriebe die Geschäftsumsätze nicht nur die gleichen geblieben, sondern sogar erheblich gestiegen seien. Die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung durch die enorme Verteuerung aller Preise für die notwendigsten Lebensmittel erkennen die Arbeitgeber zwar an, sie konnten sich aber dennoch nicht zu einem höheren Zuschlag auf die tariflichen Mindestlöhne aufschwingen als 5 Pf. bis zu einem Stundenlohn von 65 Pf. für Arbeiter sowie 3 Pf. für Arbeiterinnen. Gegenüber einer Erhöhung der Akkordlöhne lehnten die Arbeitgeber jedes Entgegenkommen ab. Wenn die Verhandlungen damit vorüberhand auch auf ein solches Gleis gekoblen wurden, so steht doch von den ins Auge gefassten Eventualmaßnahmen zu erwarten, daß sich beide Parteien auf halbem Wege noch entgegenkommen werden. Das wäre um so dringender zu wünschen, als von der Erledigung des Dreifachtarifs auch das Schicksal der Tarife für Druckerbuchbinderer und Kontobuchfabriken in Berlin und für Buchdruckerbuchbinderer, Kontobuch-

und Kartonagenfabriken in Stuttgart abhängt. Vorerst haben die Buchbindergehilfen in Berlin, Leipzig und Stuttgart zu dem Angebote der Arbeitgeber im ablehnenden Sinne Stellung genommen und ihre Vertreter beauftragt, auf dem Verhandlungswege zu versuchen, ein Resultat zu erzielen, das der außerordentlichen Not der Zeit in höherem Maße Rechnung trägt. Wenn die Buchbindergehilfen bei der Gewährung von Teuerungszulagen sich nicht nach dem schlechten Beispiel im Baugewerbe richten, sondern ihre Zugeständnisse den Sätzen anpassen, die in verschiedenen andern Gewerben und Berufskreisen (z. B. bei den städtischen und staatlichen Unterbeamten) als gerecht und billig angesehen werden, dann dürfte der gewerbliche Frieden im Interesse beider Teile auch fernerhin gesichert sein.

Von der schroffen Ablehnung zeitgemäßer Teuerungszulagen durch die Bauunternehmer sieht die verstärkte Haltung des Reichsverbandes der Unternehmer im deutschen Steinsetzergewerbe vorteilhaft ab. Von diesem wurden auf Betreiben der Steinsetzerorganisation allgemeine Teuerungszulagen im Steinsetzergewerbe in Form einheitlicher Lohn erhöhungen gewährt. Die zehnprozentige „Kriegszulage“ hat Geltung für die Dauer des Kriegs und sechs Monate nach seiner Beendigung. Sie trat in den Gebieten, in denen der Tarif gekündigt wurde, bereits am 1. Februar in Kraft, in den andern Gebieten wird das am 1. April erfolgen. Die Zulage beträgt im Durchschnitt 7 1/2 Pf. für die Stunde, und durch die Art ihrer Festsetzung kommt sie auch jenen Tausenden von Berufsangehörigen zugute, die jetzt noch gezwungen sind, Gesundheit und Leben als Spiel zu setzen. Ursprünglich waren von den Arbeitern 20 Proz. gefordert, da aber für den größeren Teil der Tarifgebiete wegen der Ungunst der Verhältnisse keine Forderungen gestellt worden waren, so ist die allgemeine Festlegung von 10 Proz. immerhin als ein glänzendes Ergebnis zu bezeichnen.

Die noch schwebenden und die beendigten Lohnbewegungen liefern einen Beweis dafür, daß die Gewerkschaften im Kriege wie im Frieden die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im Arbeitsvertrag als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Dabei vermögen die Erfahrungen früherer Zeiten, der klare Blick der verantwortlichen Berater und die verständnisvolle Einsicht und Solidarität der Arbeiter manchen Nachteil auszugleichen, den die Kriegszeit mit sich gebracht hat. In einem gewissen Zusammenhange hiermit stehen auch die verschiedenartigen Bestrebungen, die zahlreichen teils gleichartigen Verbände einander zu nähern (z. B. bei den Bergarbeitern) oder die Verbände zu größeren Gruppen zusammenzufassen. Diese Bestrebungen auf festeren Zusammenhalt bringen zugleich auch die dringend nötige grundsätzliche Klärung ein gutes Stück vorwärts.

Unter der Spitzmarke „Eine Generalkommission der Angestelltenverbände“ wurde in letzter Zeit in der Gewerkschaftsrevue der sozialen Bewegung der kaufmännischen und technischen Angestellten besondere Beachtung geschenkt. Die lebhaften Auseinandersetzungen, die anlässlich der Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung stattfanden, zeigten bereits die beiden Hauptrichtungen, nach denen sich die Angestelltenbewegung in Zukunft gruppieren würde. Auf der einen Seite fanden sich der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, der Verein der Handlungs-kommiss von 1858 und ihre Gefolgschaft zusammen, die als „Harniedererbände“ auf ihre guten Beziehungen zu den Prinzipalen mehr Wert legen als auf ihre Interessengemeinschaft mit der übrigen Arbeitnehmer-schaft. Auf der andern Seite standen der Bund der technisch-industriellen Beamten, der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit den übrigen gewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, die sich mit allem Nachdruck für eine einheitliche Invalidenversicherung aller Arbeiter und Angestellten einsetzten. Die reinliche Scheidung der Angestelltenbewegung, die damals vor sich ging, hat allmählich alle Verbände erfasst, mit Ausnahme einiger weniger schwankender Gestalten, die auch heute noch nicht recht wissen, auf welcher Seite sie stehen.

Zwischen hat der Krieg diese Entwicklung beschleunigt, und das Bedürfnis eines festeren Zusammenhanges der nichtgewerkschaftlichen Verbände fand in programmatischen Äußerungen der Angestelltenrevue bereits sichtbaren Ausdruck. Nach dem Vorschlage des Vorsitzenden des von jeher im antisemitischen Fahrwasser liegenden 58er Vereins sollen die Handlungsgehilfen, Bankbeamten, Techniker usw. ihre Verbände „zu einer möglichst einheitlichen Standespolitik in mittelständischer Richtung“ vereinigen. Der äußeren Form nach soll ungefähr nach dem Muster

der Generalkommission ein Kartell der Angestelltenverbände geschaffen werden; dem Programm nach wird es abgelehnt, die Angestellten als einen Teil der Arbeitnehmerschaft anzusehen. Es wird zwar nicht ernsthaft bestritten, daß auch die Angestellten wirtschaftliche Interessen haben, aber ausschlaggebend sind „die gesellschaftspolitischen Forderungen“, in denen die Angestellten eine besondere Würde geboten haben wollen.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkte läßt sich kaum etwas dagegen einwenden, wenn sich die „Harmonieverbände“ nach dem Kriege zu einem Block vereinigen gegenüber der Gruppe der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände, die in der „Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht“ untereinander bereits ebenfalls in näherer Fühlung stehen. Um so mehr Widerpruch muß dagegen das anfängliche Bekenntnis hervorgerufen, mit dem die künftige „Generalkommission“ der mittelständlichen Angestelltenverbände ihr Programm begründet. Darin heißt es u. a.: „Diejenigen irren, die da glauben, daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserm Stande nur auf dem Wege „gewerkschaftlicher“ Organisation erreicht werden kann.“ Sonach wird also der gewerkschaftliche Zusammenschluß mit all seinen Möglichkeiten für die Schaffung besserer Existenzverhältnisse abgelehnt. Der Standesbündel innerhalb der kaufmännischen Verbände ist eben noch zu groß. Die meisten Mitglieder halten sich für Persönlichkeiten, die vorwiegend qualifizierte geistige Arbeit leisten, die sich von selbst bezahlt macht. Abgesehen davon, daß es auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern viele gibt, deren Leistungen und die Bezeichnung differenzierte Qualitätsarbeit verdienen, übersehen die kaufmännischen Angestellten, daß sogar Ärzte, Künstler, Ingenieure usw., trotz ihrer unbefristeten qualifizierten geistigen Arbeitsleistungen nicht darauf verzichten, sich eng zusammenzuschließen zwecks höherer Bewertung ihrer Arbeitskraft. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden jedoch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege die Privatangestellten ganz von selbst auf den Weg drängen, der für die Vertretung wirtschaftlicher Interessen als der gangbarste und beste erscheint: auf den Weg des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Wie die gewerblichen Arbeiter aus ihrer Stellung in der modernen Volkswirtschaft die notwendigen Konsequenzen schon längst gezogen haben, so wird auch in der gesamten Angestelltenbewegung die Erkenntnis reifen, daß der Zusammenschluß nicht nach gesellschaftlichen Außerlichkeiten vollzogen werden darf, sondern nur nach wirtschaftlichen Grundsätzen.

□ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

Berlin. (Maschinenf.) Die Monatsversammlung vom 5. März ehrte das Andenken des einer Lungenerkrankung zum Opfer gefallenen Kollegen Willi Fahrner in üblicher Weise. Wie stark das Band ist, welches die im Felde stehenden Kollegen mit der Organisation verbindet und ein wie reges Interesse diese Kollegen fern von der Heimat an den Vorgängen im Berufe nehmen, zeigen die in jeder Versammlung vorliegenden zahlreichen Geldpostbriefe und -karten. Unter „Beieinsmittlungen“ gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß ein Kollege das Eisene Kreuz erhalten habe. Kollege Braun referierte sodann kurz über die gewerbliche Lage und zeigte an einigen Beispielen, daß der Mangel an Maschinenfiebern doch noch nicht so groß sein könne, wie er auf Prinzipalsseite geschildert werde, da einem jungen militärfreien Kollegen trotz dreimaligen Intererens keine Gelegenheit zur Erlernung der Sehmachine geboten wurde. Wie verlaßbar, soll eine Anzahl Zeitungsverleger Befestlungen auf die Schnellsehmachine aufgegeben haben, es aber zur Zeit aus nachellegenden Gründen unmöglich sein, diese zu bauen. Man wird abwarten müssen, wie sich hier die Dinge weiter gestalten. Zu den Orten, die Maschinenfiebergerichten zur Anlernung von Kriegsbeschädigten errichtet haben, sind jetzt noch Stuttgart und Magdeburg hinzugekommen. Durch die Einziehung des ersten Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Bierath, und des Kollegen Koffke (Schriftf.) der „Technischen Mitteilungen“, ist es notwendig geworden, daß der Vorstand des Brandenburgischen Maschinenfiebervereins die Geschäfte bis auf weiteres übernimmt. Wir bitten die Adressenveränderungen zu beachten. Das kleine Festschen Brauch-Gebichte hat so großen Anklang gefunden, daß die Auflage vergriffen ist; es soll ein Nachdruck erfolgen, und es ist zu hoffen, daß die Kollegen Sorge fragen, damit auch diese Exemplare möglichst schnell abgeholt werden. Es wurden darauf noch einige lokale Angelegenheiten erörtert. Zur Aufnahme hatten sich fünf Kollegen gemeldet. — Im Anschluß an die Versammlung fanden wieder für die einzelnen Systeme getrennt technische Vorträge an Hand von Demonstrationen und Vorführung einzelner Maschinenstücke statt. Die stetig steigende Anteilnahme an diesen Veranstaltungen zeigt, daß der Vorstand hiermit das Richtige getroffen hat. Für die hoffentlich bald einsetzende Friedenszeit ist ein weiterer Ausbau dieser Einrichtung ins Auge gefaßt worden. Da die Vereinsversammlungen bisher alle gut besucht waren, wurde beschlossen, um den Zusammenhalt zu wahren, dieses Jahr keine Versammlung im Sommer ausfallen zu lassen, sondern die Jahungsgemäß jeden ersten Sonntag im Monat abzuhalten. — Nächste Versammlung: 2. April.

Bezirk Duisburg. Am 20. Februar fand in Duisburg-Ruhrort unsere erste diesjährige Bezirksversammlung statt, die von 60 Kollegen besucht war. Eingangs gedachte Vorsitzender Panthe der seit der letzten Versammlung gefallenen fünf Kollegen, deren Andenken die

Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfaßte der Vorsitzende den Jahresbericht, nach dem die hiesigen farblichen Verhältnisse und augenblickliche Konjunktur als gut bezeichnet werden können. Zum Militär sind insgesamt 225 Kollegen einberufen, von denen leider schon 29 Kollegen gefallen sind. Der Kassenbericht lag gedruckt vor, zu dem Kassierer Vesseltz noch einige Erläuterungen gab. Hierauf erfaßte der Vorsitzende den Bericht von der Bezirksvorsichterkonferenz, welchen die Versammlung ohne Debatte zur Kenntnis nahm und sich somit mit den Beschlüssen der Gauvorsichterkonferenz einverstanden erklärte. Sodann wurde beschlossen, anläßlich des 50jährigen Bestehens unsres Verbandes, am Sonntag, dem 21. Mai, eine Festversammlung zu veranstalten. Die Berichte aus den einzelnen Orten ergaben, daß die farblichen Verhältnisse im allgemeinen geregelt sind, Zeuerungszulagen von verschiedenen Prinzipalen gewährt wurden, leider aber von verschiedenen größeren Druckereien solche nicht erzielt werden konnten. Hoffentlich aber kommen auch diese Prinzipale bald zu der Einsicht, daß in dieser schweren Zeit eine entsprechende Zeuerungszulage wohl am Platz ist, gewährte doch die Firma Prühmann (Mülheim (Ruhr)) ihrem Personal eine Aufbesserung von 25 Proz.

Esfurt. (Maschinenf.) Am 27. Februar fand hier im „Hotel“ eine Delegiertenversammlung der Maschinenfiebervereine im Gau Osterland-Schüringen statt. Durch 16 Delegierte waren die Orte Altpolda, Eisenach, Esfurt, Vera, Gotha, Jena, Hildburghausen, Mühlhausen, Langensalza, Naumburg, Rudolstadt, Saalfeld und Weimar vertreten. Nicht vertreten waren Frankenhäuser, Salzungen und Schmalkalden. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Wilhelm (Eisenach) gedachte dieser der gefallenen Kollegen aus dem Gau und des Kollegen Roede (Berlin), deren Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Aus dem Berichte des Vorstandes war zu entnehmen, daß im Gau 20 Orte mit 142 Mitgliedern der Bereinigung angeschlossen sind; 85 Kollegen sind zum Militär eingezogen, 7 Kollegen hat der Krieg uns für immer entzogen. Der Vorsitzende besprach sodann die Verhältnisse im Gau in technischer und farblicher Beziehung, kam auf den Maschinenfiebermangel zu sprechen und erläuterte die Gründe, die zu den Beschlüssen der letzten Gauvorsichterkonferenz geführt haben. An Maschinen stehen im Gau 74 Elektro-, 28 Typograph-, 18 Monolinemalchinen sowie 30 Saft- und 21 Viehmälchinen der Monotypie. Der Kassenbericht für 1915, erstattet durch den Kollegen Stephan (Eisenach), ergab einen Kassenbestand von 500,28 Mk. Der Beitrag wurde während der Dauer des Krieges auf monatlich 25 Pf. festgesetzt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Wilhelm als Vorsitzender wieder- und an Stelle des Kollegen Bleich Kollege Stephan als Kassierer gewählt. Als Sitz der Gauvereinigung wurde Eisenach beibehalten. Kollege Stephan führte lebhaftige Klage darüber, daß aus einigen Orten „von den“ Kollegen keine Nachrichten zu erhalten sind, und daß die Beiträge sehr unpünktlich eingehen. Mehrere Mitglieder wurden wegen Resten gestrichen. Nach einer eindringlichen Mahnung an die Mitglieder, in der jetzigen schweren Zeit treu und fest zur Bereinigung und zum Verbands zu halten und die Arbeit des Vorstandes durch reges Interesse zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Ein Rundgang durch Esfurt unter Führung der Esfurter Kollegen folgte dieser Zusammenkunft.

Bezirk Kottbus. Am 5. März tagte hier im Restaurant „Am Schloß“ die Frühjahrsversammlung unsres Bezirks. Anwesend waren 72 Kollegen (darunter 18 Geldgrane) aus fast allen Druckorten des Bezirks. Die Versammlung ehrte das Andenken der auf den Schlachtfeldern gebliebenen Kollegen Friedrich Krahl, Paul Fromm, Otto Jische, Bruno Jische, Paul Sachbarth, Theo Djadeh, M. A. Schubert (Kattbus), Erich Kumpf, Erich Makke (Forst), Artur Böhn, Kurt Proske (Sora), Franz Welber (Lübben), Georg Scholz (Spremeberg) sowie der verstorbenen Kollegen Hermann Ziehl, Karl Linus (Kottbus) und Karl Anie (Stuttgart) in üblicher Weise. Bei Erstattung des Jahresberichtes streifte der Vorsitzende die besonderen, durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse einzelner Druckorte. Die von einzelnen Firmen gewährten Zeuerungszulagen fanden ebenfalls lobende Erwähnung; leider ist die Zahl dieser Firmen nur sehr gering. Die Mitgliederzahl des Bezirks ging seit Kriegsbeginn von 229 auf 76 zurück, 141 Kollegen wurden bisher einberufen (darunter 66 Berheirats). Der Kassenbericht ergab für 1915 einen Kassenbestand von 104,40 Mk. Die Vorstandswahl geistigte die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der vom Kollegen Urban über die Bezirks- bzw. Gauvorsichterkonferenz erfaßte Bericht nahm längere Zeit in Anspruch. Möge jedes Bezirksmitglied die durch die lange Kriegsdauer sich immer mehr steigenden Schwierigkeiten überwinden helfen, damit mehr belmkehrenden Kämpfer ein unverfälschtes Organisationsgebäude vorfinden! Eine Diskussion fand nicht statt. Der Ortsverein Kottbus, zwei Drittel der Mitgliederzahl des Bezirks, hatte in seiner letzten Versammlung bezüglich Abkommandierung von Reichsfranken usw. bereits greifbare Vor schläge gemacht. Ein Antrag, der den Bezirksvorstand ermächtigt, nach Bedarf Frauenmännervorstellungen abzuhalfen, gelangte zur Annahme. Nach beherzigungswerten Worten des Vorsitzenden wurde der anregend verlaufene Bezirksstag um 3 Uhr geschlossen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unsrer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Willi Hennig (Groppehmühlen i. M.),

Arnold Heinen und Karl Krüger (Röln), Kurt Popp (Glenh) und Hermann Ruzharn (Stuttgart). Damit haben bis jetzt 1370 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Kriegs- und Zeuerungsulagen. In Braunsfels gewährte die Buchdruckerei Heinrich Mehl eine Kriegs- und Zeuerungsulage von wöchentlich 1 Mk.; ferner zahlte sie als einmalige außerordentliche Zeuerungsulage einen besonderen Wochenlohn aus. — In Liebertwolkwitz (Leipzig) gewährte die Buchdruckerei Zeugner & Co. eine Zeuerungsulage von 1 bis 2 Mk. wöchentlich.

Die gesprochene Zeitung. Ein Schalk in der Redaktion der „Münchener Post“ löste dieler Tage die Frage nach der Beschäftigung der Redakteure bei noch größer werdendem Papiermangel u. a. in folgender Weise: „Sie haben ganz recht, wenn's kein Papier mehr gibt, erscheint auch keine Zeitung mehr. Am uns Zeitungsredakteure brauchen Sie sich aber nicht zu sorgen, wir wissen uns zu helfen. Wenn wir die Zeitung nicht mehr drucken können, werden wir die Zeitung sprechen. Die Stadt wird in Bezirke eingeteilt und jedem Journalisten werden bestimmte Straßen zugeteilt. Zu gewissen Stunden erscheinen sie und tragen vor, was sonst gedruckt wurde. Die Chefredakteure werden sich natürlich die besseren Straßen heraussuchen. Und auch sonst wird man auf die farblichen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Ich vermute, daß der Chefredakteur des führenden Zentrumsorgans an der Mariensäule sprechen wird, der Redakteur des Saubellherorgans beim Hofbräuhaus oder sonst irgendwo, wo's gerade paßt. Die Lokalberichterfasser werden erzählen, wo diesmal ein Straßenbahnwagen mit einem andern zusammengefahren ist, der Theaterkritiker schildert seine Erlebnisse der letzten Nacht, der Handelsredakteur erfreut durch die Bekanntgabe hoher Dividenden, wenn er Aktionäre als Zuhörer hat und ruft Unwillen hervor, wenn er zu gewöhnlichem Publikum spricht. Die gesprochene Zeitung hat den Vorteil, daß man die Wirkung ihres Inhalts sofort beobachten kann. Ein Ganghörer bekäme sofort zu hören, wie man über seine Kriegsberichterstattung denkt. Sat dann der Zeitungsredakteur die Neugierde seiner Zuhörer befriedigt, so tritt er unter die Leute, zieht den Hut und sammelt. Wenn umsonst ist ja der Tod. Einen Saken hat's nur mit der Zensur. Da es kein Papier mehr gibt, kann man das Manuskript nicht mehr bei der Zensur einreichen. Es bleibt daher nichts andres übrig, als jedem Zeitungsredakteur für die Vorträge einen Senior beigegeben. Der wird eingreifen, wenn's nötig ist und schließlich kann er sich am Sammeln beteiligen. Denn auch da wird es Drückbeberger geben.“ Da nun unsres Wissens bei der Herstellung einer Zeitung nicht nur Redakteure, sondern auch Seher, Korrektoren, Stereotypenre und Drucker mitwirken, so müßte dieses Bild noch in verschiedener Richtung erweitert werden. Den Sehern könnte z. B. die Aufgabe zufallen, bei allen diesen mündlichen Berichterstattungen für die nötige Gelegenheit zu sorgen, sich auf Bürgerfeige, Fahrbahnen, Straßenlaternen, Fenstergehmise, Mahalkäulen usw. setzen zu können. Die Korrektoren werden aufpassen müssen, daß die Redakteure kein Komma verschlucken oder sonstige Sprachumhelfen begehen. Die Stereotypenre haben sämtliche Zuhörer von Zeit zu Zeit lauter abzublättern und die Drucker besorgen den nötigen Druck insofern, daß sie die Zuhörer gehörig zusammenpressen und vor dem Abel der Drückbeberger bewahren. Womit allen Beteiligten geholfen sein könnte, selbst der aegerneichen Auslandspreffe, die aus dieser höheren Spinnerscheu Kauterische „Wahrheiten“ in Hülle und Gülle schöpfen könnte.

Zur neuen „Berufsordnung“ im schweizerischen Lithographiegewerbe. Mit dem Zugeständnis einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde, von 51 $\frac{1}{2}$ auf 51 Stunden, durch die Lithographiebesteller, ist beknüpfend der Konflikt im schweizerischen Lithographiegewerbe beendet und die Arbeit am 28. Februar wieder aufgenommen worden. In seinen Betrachtungen über die abgeschlossene Bewegung konstatiert der „Genevefelder“, daß der „Berufsordnung“ (Zerkertrag) selbst von keiner der beiden Parteien ernstlich Opposition gemacht wurde, und daß es keine Sieger und Besiegten und darum auch nicht die Gefühl der Überhebung auf der einen und diejenige der Erbitterung auf der andern Seite gibt; Gefühle, welche das Zusammenarbeiten derjenigen erschweren, die letzten Endes doch aufeinander angewiesen sind: die Gehilfen und Prinzipale. So besteht auf beiden Seiten Friedigung darüber, daß ein langer und verbitterter Kampf vermieden werden konnte.

Ein Gewerkschaftsangelegter vor dem Kriegsgericht. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Breslau stand vor einigen Tagen der Angestellte des Zimmererverbandes, Schmidt, der in Form eines Geldpostbriefes ein Flugblatt herausgab und vertellen ließ, in dem die Mitglieder aufgefordert werden, freu zum Verbands zu halten. Schmidt soll dadurch eine Bestimmung des stellvertretenden Generalkommandos des VI. Korps verletzt haben, die vorschreibt, daß alle Drucksachen dem Generalkommando zur Zensur vorgelegt werden müssen. Schmidt behauptete nun, daß er das Flugblatt schon einmal im August vorigen Jahres herausgegeben habe, und daß ihm damals vom Generalkommando die Genehmigung erteilt wurde, Das Generalkommando konnte das nicht mehr feststellen, weshalb Schmidt freigesprochen werden mußte.

Die Kriegsvorversicherung der „Volksfürsorge“. Viele Millionen deutscher Männer leben seit August 1914 auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen Tag für Tag ihr Leben ein, um das Vaterland vor dem Ansturm seiner Feinde abzuwehren. Am zahlreichsten darunter sind die Arbeiter, die beim Ausmarsch ihre Arbeitsstätte verlassen mußten und deren Familien damit plötzlich das Rohmei-

